

Antrag KOA: Zeit für eine bürgerliche Wende!

Antragsteller*in:	LV Baden-Württemberg (LV Baden-Württemberg)
Status:	angenommen

Nach 15 Jahren einer von den Grünen angeführten Landesregierung ist ein Wechsel unbedingt erforderlich. Baden-Württemberg kann es besser; es braucht eine bürgerliche Wende in der Regierungspolitik. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen mehr denn je Freiräume für Innovationen und strukturellen Wandel.

Um wieder in Deutschland und Europa eine Spitzenposition einzunehmen, braucht Baden-Württemberg

- die beste Bildung und Wissenschaft in Deutschland,
- Sicherheit und Verlässlichkeit für die Menschen,
- einfache, schnelle Entscheidungen für Bürger und Unternehmen,
- neue Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien und
- die Freiheit für jedermann, sich selbst persönlich, beruflich, unternehmerisch, künstlerisch oder gesellschaftlich engagieren und einbringen zu können.

Hier muss die Politik wieder Ermöglicher werden und Horizonte eröffnen. Menschen wollen Vertrauen, nicht Bevormundung.

Deshalb ist es Zeit für einen politischen Neuanfang in diesem Land.

Wir wollen:

- Vertrauen in die Menschen als Leitlinie staatlichen Handelns etablieren.
- Bürokratieabbau konkret. Jede Regelung muss befristet werden, mit jeder neuen Regelung werden zwei abgeschafft. Europa muss wieder besser werden, einfacher, schneller, für alle verständlich.
- eine Verwaltungsreform mit der Abschaffung zweier Verwaltungsebenen. Wir wollen 20 Prozent weniger Verwaltungsbeamte, eine überfällige Aufgabenkritik, eine wirksame Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und subsidiäre Entscheidungen an der kommunalen Basis.
- die technologische Freiheit und Innovation wieder erlangen. Wir wollen u.a. neue technische Entwicklungen bei der Nutzung von alternativen Kraftstoffen und Energieträgern, moderne Bautechniken und effiziente Verbrennungsmotoren, Gentechnik und Feinmechanik, KI und Robotik, autonome Systeme oder wettbewerbsfähige Maschinen auch für neue Wege bis ins All. Wir wollen Innovationen und Technologieoffenheit anstelle von staatlichem Dirigismus.
- ein vielgliedriges und differenziertes Schulsystem mit einem starken Gymnasium, einer Rücknahme der Abschaffung der Werkrealschule und einer Wiederaufwertung für die Realschule.

Wir wollen „Zurück auf Vorwärts!“

Dies gelingt in einer bürgerlichen Regierung und einer Regierungszusammenarbeit mit der neuen Landes-CDU.

Dazu bekennen wir uns mit dieser Koalitionsaussage!

Wir schließen darüber hinaus jede Zusammenarbeit mit den Parteien außerhalb des Verfassungsbogens aus. Dazu zählen insbesondere die sogenannte AfD, BSW und Die Linke.

Begründung

Der Landesvorstand der FDP/DVP hat in seiner Sitzung vom 20. September 2025 in Stuttgart den

einstimmigen Beschluss gefasst, dem Landesparteitag vorzuschlagen, am 5. Januar 2026 eine Koalitionsaussage im Sinne einer Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung zu beschließen.